

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am Dienstag, den 07.03.2023, 19.30 Uhr im Sitzungszimmer im Rathaus

Es sind erschienen:

Ratsfrau Bärbel Kraus, Vorsitzende
Ratsvorsitzender Gerrit Agena
Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies
Ratsherr Jan Martin Janssen
Ratsherr Michael Recktenwald
Ratsherr Rüdiger Schmidt

Es fehlt entschuldigt:

Stv. Bürgermeisterin Ines Mühlinghaus

Bürgermeisterin Heike Horn
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Kämmerin Cornelia Baller
Tourismusmanager Nils Jenssen
Protokollführer Torsten Schulz

Als Gast:

Ratsherr Uwe Garrels

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzende Kraus eröffnet die Sitzung um 19:30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Es werden keine Anträge gestellt.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 24.10.2022

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 24.10.2022 wurde allen Ratsmitgliedern zugestellt.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 24.10.2022 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 5: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 6: Feststellung der Jahresrechnung 2020 und Entlastung der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2020 (s. Vorlage VO23-039)

Kämmerin Baller erläutert den Jahresabschluss 2020 und nennt die wesentlichen Einflussfaktoren, die zu dem Überschuss im Ergebnishaushalt in Höhe von 1,95 Mio Euro und dem Überschuss im Finanzhaushalt in Höhe von 935,000,00 Euro führten. Dazu zählen die Corona-bedingte Gewerbesteuer-Ausfallhilfe, Mehreinnahmen aufgrund der novellierten Zweitwohnungssteuersatzung in Verbindung mit der verstärkten Überprüfung der Kapitalanlagen hinsichtlich ihrer tatsächlichen Nutzung, Einsparungen aufgrund unbesetzter Stellen sowie verschobene Baumaßnahmen (Turnhalle, Tankstelle, Rathaus). Der Ergebnishaushalt ist vergleichbar mit einer Gewinn- und Verlustrechnung und gibt nicht die tatsächliche Liquidität wieder. Diese wird im Finanzhaushalt dargestellt.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig,

1. den Jahresabschluss der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 2020 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG,
2. das ordentliche Jahresergebnis wird in Höhe von 1.819.854,31 Euro der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 136.676,31 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt,
3. der Bürgermeisterin wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Zu Punkt 7: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2021 (s. Vorlage Nr. VO23-040)

Kämmerin Baller erläutert die Vorlage.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig,

den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 57.533,63 Euro sowie den über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 65.916,66 Euro, zusammengestellt in Anlage 1, gemäß § 117 NKomVG zuzustimmen.

Die unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß Anlagen 2 und 3 werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 8: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2022 (s. Vorlage Nr. VO23-041)

Kämmerin Baller erläutert die Vorlage.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig,

den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 33.320,38 Euro sowie den über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 153.802,37 Euro, zusammengestellt in Anlage 1, gemäß § 117 NKomVG zuzustimmen.

Ebenso wird der überplanmäßigen Bildung einer Rückstellung für die in 2023 zu zahlende Kreisumlage in Höhe von 324.100,00 Euro zugestimmt.

Die unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß Anlagen 2 werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 9: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2023 (s. Vorlage Nr. VO23-042)

Kämmerin Baller erläutert die Vorlage.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig,

den überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 324.008,00 Euro für die Kreisumlage sowie in Höhe von 7.820,59 Euro für die Tilgung der Darlehen gemäß § 117 NKomVG zuzustimmen.

Zu Punkt 10: Satzung der Gemeinde Langeoog über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Zweitwohnungssteuersatzung) (s. Vorlage Nr. VO23-043)

Kämmerin Baller erläutert die Vorlage und weist auf die noch erforderliche Festlegung des Hebesatzes hin. Eine Beibehaltung des derzeitigen Hebesatzes von 15 % würde zu einer Verdreifachung der zu zahlenden Steuer führen. Ein Hebesatz von 7,5 % würde für die einzelnen Steuerzahler zu einem gleichbleibenden bis zu einer Verdoppelung der individuellen Steuerlast führen.

Ratsherr Schmidt merkt zu dem Hebesatz an, dass eine Verdreifachung bei Hebesatz 15 % nicht vermittelbar sein wird. Langjährige Gäste dürfen nicht verschreckt werden und die Insel darf kein Minus machen, insbesondere nicht in der Haushaltssituation. Deshalb wäre 8-9 % evtl. angemessen.

Ratsherr Janssen ergänzt, dass die Verwaltung einen Satz vorschlagen möge, mit dem die Gemeinde zurechtkommt.

Kämmerin Baller antwortet, dass der Satz abhängig von der Aufgabenstellung und den Herausforderungen ist, die im Wesentlichen durch den Rat festgelegt würden. Falls 15 % zu hoch sei, so wären evtl. 10 % anzupeilen. Die Zweitwohnungssteuer ist neben Grund- und Gewerbesteuer die Haupteinnahmequelle.

Ratsherr Schmidt erbittet von Verwaltung im Vorfeld der kommenden Ratssitzung mehr Zahlenwerk dazu, um die Auswirkungen besser einschätzen zu können. Kämmerin Baller weist darauf hin, dass eine genaue Ermittlung aufgrund der sich ändernden Einflussfaktoren gegenüber der jetzigen Satzung nicht möglich sei, da dies einen erheblichen Aufwand darstelle, der bis zur Ratssitzung nicht leistbar sei. Sie könne daher nur Schätzungen liefern.

Ratsherr Garrels verweist auf die Problematik der Zunahme von Zweitwohnungen und Kapitalanlagen gegenüber Dauermietwohnungen. Dementsprechend hat dann die Zweitwohnungssteuer einen Beitrag zur Verbesserung zu leisten, also eher 10 % + X, um die gewaltigen Anstrengungen und Herausforderungen zu finanzieren, damit Langeoog funktionstüchtig bleibt. Zudem müsse die Verhältnismäßigkeit der Steuerarten untereinander (Grund- und Gewerbesteuer sowie Zweitwohnungssteuer) gewahrt werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes verweist auf das Haushaltsrecht und die sich daraus für Langeoog ergebenden Pflichten, auch auf der Einnahmeseite. In der Vergangenheit haben die Mehreinnahmen an Grund- und Gewerbesteuern schon kaum ausgereicht, die durch die jährlichen Tarifsteigerungen ausgelösten Kostensteigerungen der Gemeinde zu decken. Dies müsse bei der Festlegung des Hebesatzes der Zweitwohnungssteuer beachtet werden.

Ratsherr Recktenwald stimmt dieser Haltung unter Verweis auf die Ausführungen in der Vorlage zu Top 11 (Verwaltungskostensatzung) und den dort genannten Notwendigkeiten aus dem Entschuldungsvertrag zu und befürwortet einen Hebesatz von deutlich über 10 %.

Stv. Bürgermeisterin Spies stimmt den bisherigen Meinungen von 10 % und höher nicht zu und warnt vor einer Überstrapazierung der Zweitwohnungsbesitzer, da diese auch eine nicht zu vernachlässigende generelle Nachfragekomponente für Langeoog darstellen.

Bürgermeisterin Horn richtet den Blick auf den Fortbestand einer eigenständigen Inselgemeinde in der kurzen und mittleren Frist, die u.a. von absehbaren Steigerungen bei Personalkosten und den Herausforderungen des Mietwohnungsbaus geprägt sein wird.

Ratsherr Janssen sieht 10 % als einen Kompromiss an.

Vorsitzende Kraus nimmt die zahlreichen Einschätzungen zur Kenntnis und mahnt, dass die Zweitwohnungsbesitzer als Gruppe differenziert zu sehen sind, manche vermieten und manche nicht. Andererseits steht die Kommune vor großen Herausforderungen.

Ratsherr Janssen stellt den Antrag, die Vorlage ohne Empfehlung an den Rat weiterzugeben.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt mit sechs Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme, die Vorlage ohne Beschlussempfehlung an den Rat zu geben.

**Zu Punkt 11: Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) einschließlich des Kostentarifs zur Verwaltungskostensatzung (§2)
(s. Vorlage Nr. VO23-044)**

Kämmerin Baller erläutert die Vorlage.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt einstimmig,

die Satzung der Inselgemeinde Langeoog über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) einschließlich des Kostentarifs zur Verwaltungskostensatzung.

Zu Punkt 12: Anträge und Anfragen

Anträge und Anfragen werden nicht gestellt.

Zu Punkt 13: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

Bürgermeisterin Horn berichtet von Auswärtsterminen auf Helgoland (3. Deutsche Inselkonferenz), in Cuxhaven (Förderung von hoch prädikatisierten Tourismusdestinationen mit überregionaler Bedeutung jenseits des Finanzausgleichsmechanismus) und auf Borkum („Insulaner unner sück“).

Die Inselkonferenz auf Helgoland stand unter dem Motto „Klima“. Einigkeit herrschte unter den Teilnehmenden, dass die Inseln trotz Naturschutz Solar- und Windparks errichten sollen dürfen und, dass es hierfür eines geänderten Regelwerks bzgl. regenerativer Energien für alle deutschen Inseln bedürfe. Es soll eine Insel als Pilotfall vorangehen, um daraus Erkenntnisse zu gewinnen. Die Insel-Bürgermeister einigten sich auf der Konferenz zu klären, welche Handlungsfelder künftig verfolgt werden sollen (49 Euro-Ticket, Dauermietwohnraum, Fördermittel und Beratung bzgl. Energiewende), um dies in eine abgestimmte gemeinsame Resolution zu bringen.

In Cuxhaven trafen sich ca. 70 Vertreter aus dem niedersächsischen Tourismusbereich mit dem niedersächsischen Wirtschaftsminister Olaf Lies. Dort war einhelliger Tenor, dass touristisch geprägte Kommunen in Niedersachsen im Rahmen des Finanzausgleiches benachteiligt seien. Des Weiteren bestand Einigkeit, dass das Modell der projektbezogenen Förderung im Fall der touristisch geprägten Destinationen ungeeignet sei und durch eine dauerhafte Förderung zeitnah abgelöst werden muss.

Auf Borkum setzte sich nach Corona und einem dadurch geschrumpften Kreis der Vereine die schöne Tradition der „Insulaner unner sück“ fort. Nächstes Jahr ist der Austragungsort Langeoog, was bei den Langeooger Teilnehmenden schon große Vorfreude ausgelöst hat. Die Gemeinde bietet dem Orga-Team Unterstützung an.

Frau Horn nennt den Termin 16./17. März als Fortsetzungstermin für Rat, Verwaltung und Steuerungsgruppe hinsichtlich der Ausarbeitung des Tourismuskonzeptes.

Zu Punkt 14: Einwohnerfragestunde


Es werden keine Fragen gestellt

Zu Punkt 15: Schließung der Sitzung

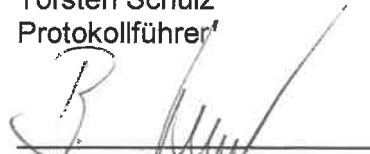
Ende der Sitzung: 20:45 Uhr.



Heike Horn
Bürgermeisterin



Torsten Schulz
Protokollführer



Ratsfrau Bärbel Kraus
Vorsitzende